

# Das Geschäft mit dem Müll

Wie das neue Abfallgesetz der Firma Oeko-Service Luxembourg neue Aktivitäten beschert

Von **Michèle Gantenbein**

Bis 2025 müssen 50 Prozent der Leichtverpackungsabfälle wieder- oder verwertet werden. Das schreibt die EU-Abfallrahmenrichtlinie vor. Das neue Abfallgesetz soll diese Richtlinie in nationales Recht umsetzen. Doch das geplante Gesetz sorgt für Aufregung – vor allem wegen der geplanten Abfallsammelstellen in den Supermärkten.

Denn das Gesetz verpflichtet alle Supermärkte und Einkaufszentren mit einer Fläche über 1500 Quadratmeter Abfallsammelstellen nach dem Modell des Pilotprojekts „Drive-In Recycling“ im Cactus Howald einzurichten. Laut der Handelskammer entstünden so landesweit 45 Sammelstellen. Hinzu kämen knapp 140 kleinere Geschäfte ab 400 Quadratmeter Fläche, die ebenfalls Verpackungsrücknahmestellen einrichten müssen. Neben der Haus-zu-Haus-Sammlung (Glas, Papier, Karton, Leichtverpackungen) und der Bringsammlung in den 26 Recyclingparks möchte Umweltministerin Carole Dieschbourg (Déi Gréng) nun also landesweit ein drittes Sammelsystem einführen, basierend auf einem Pilotprojekt, das seit zehn Jahren läuft, von ihrem Ministerium aber bis dato nicht bilanziert worden ist. Wie kann das sein?

Die Suche nach Antworten führt zum Direktor der Umweltverwaltung, Robert Schmit, und zu Hans-Peter Walter, Anteilseigner der Firma „Oeko-Service Luxembourg“, die die Aktion „Super-DrecksKëscht“ (SDK) ausführt. Hans-Peter Walter gehören auch 97 Prozent der Aktiengesellschaft CCN, die mehrere Recyclingparks betreibt, darunter das Drive-In in Howald. Wie bei der SDK-Affäre, die infolge von Berichten des Onlineportals reporter.lu ins Rollen kam, geht es auch in dieser Angelegenheit um dubiose Vorgehensweisen beider Männer.

## Ewig andauerndes Pilotprojekt

Im Drive-In Recycling im Cactus Howald können die Kunden Glas, Papier, Karton, Leichtverpackungen, Batterien und Elektrokleingeräte entsorgen. Das Projekt wird vom Staat finanziert. Laut dem Umweltministerium stellt der Supermarkt die Räumlichkeiten und die Gabelstapler zur Verfügung und übernimmt die Stromkosten. Die Gemeinde trägt keine Kosten.

Bis heute liegt keine offizielle unabhängige Auswertung des Pilotprojekts vor. Auf Nachfrage lieferte das Umweltministerium eine Kostenaufstellung seit Beginn des Pilotprojekts im Jahr 2011. Im Schnitt kostete das Drive-In den Staat pro Jahr 117 384 Euro. 2020

beliefen sich die Kosten auf 123 331 Euro. Das Gros sind Personalkosten. Sie machten vergangenes Jahr 102 316 Euro (2,5 Mitarbeiter) aus.

Ausgehend von dieser Kostenberechnung fielen im Falle einer Verallgemeinerung des Projekts in 45 Supermärkten und Einkaufszentren bei 2,5 Mitarbeitern pro Sammelstelle jährlich 4,6 Millionen Euro an Personalkosten an – zusätzlich Kosten für Infrastruktur, Material, Transport, Strom, Heizung, etc. Wie hoch die Kosten tatsächlich sind und wer sie tragen soll, darüber schweigt sich das Umweltministerium aus. „Die Modalitäten, die Zuständigkeiten sowie die Finanzierung der Sammelstrukturen bleiben noch zu definieren“, heißt es im Gesetzentwurf und auf Nachfrage aus dem Ministerium.

Neben der noch offenen Finanzierungsfrage steht noch eine andere wichtige Frage im Raum: Lohnt sich das Ganze überhaupt? Staatlicherseits liegt, wie gesagt, keine Kosten-Nutzen-Analyse mit belastbaren Ergebnissen vor, was sowohl von der Handelskammer als auch vom Handelsverband (clc) angeprangert wird. Dass Abfälle vermieden beziehungsweise wiederverwertet werden sollen, steht für sie außer Frage. „Aber wenn die Supermärkte und Einkaufszentren mit auf diesen Weg gehen sollen, müssen sie auch erkennen, dass das der richtige Weg ist“, sagt Claude Bizjak, beigeordneter Direktor der clc. Er bezweifelt, dass dies der richtige Weg ist, „weil es effizientere Sammelsysteme gibt“.

## Haus-zu-Haus-Sammlung

Gemeint ist vor allem die Haus-zu-Haus-Sammlung. In allen Gemeinden werden Glas, Papier, Karton und Leichtverpackungsabfälle vor der Haustür eingesammelt. Die Holsammlung von Leichtverpackungen (blee Sak) durch die Valorlux ist von höherer Recyclingqualität und kostengünstiger als die Bringsammlung in den Recyclingzentren. Das hat eine Vergleichsanalyse ergeben, die Valorlux beim Abfallwirtschaftsberater Eco-Conseil in Auftrag gegeben hat.

Die Analyse vergleicht die Kosten der Bringsammlung von Leichtverpackungen (PMG-Fraktionen: Plastik, Metall, Getränkekartons) im Drive-In mit der Holsammlung vor der Haustür. Im Holsystem kostet eine Tonne Sammelgut 416 Euro, im Drive-In sind es 6 653 Euro pro Tonne – mehr als das Zehnfache. Woher kommt der Kostenunterschied? Die vor der Haustür eingesammelten PMG-Fraktionen werden zur Firma Hein nach Bech-Kleinmacher gebracht, dort in einer hochmodernen Sortieranlage getrennt und

anschließend dem Recycling zugeführt. Die Recyclingquote liegt laut der Analyse bei 84 Prozent.

Im Drive-In liegt dieser Prozentsatz bei 22 Prozent. Das liegt daran, dass die im Drive-In vom Personal von Hand sortierten Verpackungen später maschinell nachsortiert werden müssen. Warum? Die Trennung im Drive-In und anderen Recyclingparks erfolgt nach Verpackungstyp. „Der Verpackungstyp aber lässt keine Rückschlüsse auf das Verpackungsmaterial zu“, erklärt Valorlux-Direktor Claude Turping. Die gemeldeten Mengen stellen demnach einen Materialmix dar, der so nicht recycelt werden kann. Das Sammelgut aus den Recyclingparks wird von der Valorlux zur Firma Lamesch (heute Suez) nach Bettemburg gebracht. Sammelgut, das sich nicht recyceln lässt, wird zu industriellem Ersatzbrennstoff verarbeitet. Andere Fraktionen müssen, bevor sie recycelt werden können, zur maschinellen Nachsortierung ins Ausland gebracht werden. Das verursacht

enorme Kosten und erklärt den Kostenunterschied zwischen der Hol- und der Bringsammlung.

Wie hoch die Recyclingquote der ins Ausland transportierten Abfallmengen ist, ist unklar. Das liegt laut der heutigen Gesetzgebung nicht in der Verantwortung der Verpackungsverantwortlichen, wie Turping erklärt. „Sie sind lediglich verpflichtet, ihre Abfälle dem Recycling zuzuführen. Ab diesem Punkt sind die Recyclingbetriebe verantwortlich. Hier endet die Berichterstattungspflicht.“

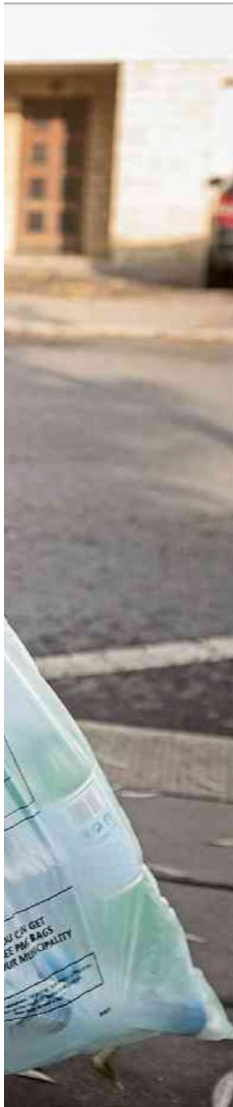
● *Wir bezahlen Menschen, um von Hand zu sortieren und nehmen in Kauf, dass die Qualität am Ende eine geringere ist.*

Claude Turping, Valorlux-Direktor

Obwohl die 2019 durchgeführte Vergleichsanalyse zeigt, dass der vor der Haustür eingesammelte „blee Sak“ kostengünstiger ist und eine höhere Recyclingquote erzielt als die Sammlung im Drive-In, verteidigt das Umweltministerium die Supermarktsammelstelle. Die Sammlung im Drive-In, in den Recyclingparks und die Haus-zu-Haus-Sammlung seien drei sich ergänzende Sammelsysteme, heißt es auf Nachfrage. Das Ministerium basiert sich auf den Abfallwirtschaftsplan aus dem Jahr 2010. Darin habe man sich auf einen Recyclingpark pro 10 000 bis 15 000 Einwohner festgelegt. Da aber der Bau von Wertstoffhöfen für die Gemeinden und den Staat mit hohen Investitionskosten verbunden sei, wolle man Strukturen in den Supermärkten schaffen, wo die Menschen ihre kleinen Abfallmengen entsorgen können. Dadurch würden die Recyclingzentren entlastet.

Mehr noch. Das Ministerium kritisiert die Analyse und spricht von falschen Berechnungen. Die Personalkosten im Drive-In seien in





2020 wurden über den „blo Sak“ 11 155 Tonnen Leichtverpackungen eingesammelt. Die Recyclingquote lag bei über 80 Prozent und damit deutlich über den in der EU ab 2025 vorgeschriebenen 50 Prozent.  
Foto: Guy Jallay

● Die OSL wird sich bemühen, dieses Konzept auch bei anderen Supermärkten umzusetzen.

SDK-Vertrag

der Berechnung doppelt so hoch wie in der Realität. Auch seien dem Beraterbüro Rechenfehler unterlaufen. Eco-Conseil rechnet dem Sortieren der PMG-Fractionen 80 Prozent der Personalkosten zu, weil das die einzigen Fraktionen sind, die vom Personal von Hand sortiert werden. Glas, Papier und Karton nehmen kaum Arbeitszeit in Anspruch, weil die Kunden diesen Abfall selbst in die entsprechenden Behälter werfen. Das Ministerium aber ist der Meinung, dass das Sortieren der PMG-Fractionen lediglich mit acht Prozent der Personalkosten berechnet werden darf, da sie nur acht Prozent der gesammelten Abfälle ausmachen. Das Ministerium kommt in seiner Gegendarstellung auf Gesamtkosten von 660 Euro pro Tonne Sammelgut – die Kosten für Glas, Papier und Karton inklusive. Ein Vergleich, den Claude Turping nicht gelten lässt. Hier würden Äpfel mit Birnen verglichen.

Noch unsinniger erscheinen die geplanten Sammelstellen mit Blick auf die bevorstehende landesweite Ausdehnung des „blo Sak“ auf Folien, Becher und Schalen. Die erweiterte Valorlux-Tut wurde in zwei Pilotprojekten getestet und die Ergebnisse sind mehr als zufriedenstellend. Laut Claude Turping konnte die gesammelte Menge um 37 Prozent erhöht werden und die Recyclingquote liegt dank der maschinellen Sortierung in der Hein-Anlage bei knapp unter 90 Prozent. Auch das Umweltministerium räumt den Erfolg ein und schreibt auf Nachfrage, dass sich die Sammelquote durch die Erweiterung der Valorlux-Tut um 35 Prozent erhöht habe. „Bei den Kunststoffverpackungen liegt die Steigerung bei 63 Prozent. Der Reststoffanteil liegt mit 8,6 Gewichtsprozent unter dem geforderten Maximum von zehn Gewichtsprozent.“

Lieber kompliziert und teuer

Für den Valorlux-Direktor steht außer Frage, dass die Supermarktsammelstelle keinen Mehrwert zu

den bestehenden Sammelsystemen darstellt. Im Gegenteil: „Die Tür-zu-Tür-Sammlung hat sich in der ganzen Welt bewährt. Länder wie Belgien oder Frankreich versuchen, Gelder aufzutreiben und Betriebe zu finden, die bereit sind, Sortieranlagen aufzurichten. Luxemburg wählt den komplizierten und teuren Weg. Wir bezahlen Menschen, um von Hand zu sortieren und nehmen in Kauf, dass die Qualität am Ende eine geringere ist. Das ist schwer nachzuvollziehen“, sagt Turping.

Vertragliche Vereinbarung

Die Datenlage spricht gegen das Einrichten der Supermarktsammelstellen. Dennoch hält das Umweltministerium überaus hartnäckig daran fest. Das hat mit den eingangs erwähnten Protagonisten zu tun: Unternehmer Hans-Peter Walter und Umweltverwaltungsdirektor Robert Schmit, den eine jahrzehntelange Freundschaft mit Walter verbindet und der im Verdacht steht, dem Unternehmer zu einer Monopolstellung in der Luxemburger Abfallwirtschaft verholfen zu haben. Diese Monopolstellung soll offenbar weiter gestärkt und das Imperium des Hans-Peter Walter weiter ausgedehnt werden, wie ein Blick in den in deutscher Sprache verfassten Vertrag zur Ausführung der SDK durch die Firma „Oeko-Service Luxembourg“ zeigt, den Schmit und Walter 2018 unterschrieben haben. Dort steht: „Zusätzlich zu denen in diesem Vertrag explizit erwähnten Aufgaben, kann die OSL im Rahmen der Ausführung der SDK von der Administration mit der Ausarbeitung von Innovationsprojekten, sowie deren praktische Umsetzung beauftragt werden.“ Und weiter: „Zu diesen Innovationsprojekten gehören auch folgende bereits bestehende Projekte: Das im Supermarkt Cactus Howald eingerichtete Drive-In-Rückkonzentrierer, welches von der OSL als Demonstrationsobjekt weiterbetrieben wird. Die OSL wird sich bemühen, dieses Konzept auch bei anderen Supermärkten umzusetzen.“ Der Firma OSL wurde somit bereits 2018 der Betrieb weiterer Rücknahmestellen in Supermärkten vertraglich zugesichert. Jetzt fehlt nur noch das Gesetz, das dafür sorgen soll, dass das, was 2018 vertraglich vereinbart worden ist, Wirklichkeit werden kann. Ob das Ganze aus abfallwirtschaftlicher Sicht Sinn macht, spielt offensichtlich keine Rolle.

Leitartikel

Ziemlich beste Freunde

Von Michèle Gantenbein

Im Namen des Staates unterzeichnete Umweltverwaltungsdirektor Robert Schmit 2018 einen mit knapp 100 Millionen Euro an Steuergeldern dotierten Vertrag mit dem Unternehmer Hans-Peter Walter zur Ausführung der Aktion „SuperDrecksKëscht“ (SDK). Ganz nebenher sichert der Vertrag Walters Firma „Oeko-Service Luxembourg“ (OSL) auch noch den Betrieb von Abfallsammelstellen in Supermärkten zu – nach dem Modell des „Drive-In“ im Cactus Howald, obwohl dieses Pilotprojekt, das seit zehn Jahren läuft, bislang nicht bilanziert worden ist. Des Weiteren scheint den beiden Herren entgangen zu sein, dass die Vergabe von öffentlichen Aufträgen einer Ausschreibungsgesetzgebung unterliegt. Nun denn – der Entschluss, wer die geplanten Supermarktsammelstellen betreiben soll, steht also schon lange fest. Jetzt fehlt nur noch das für die Erschließung des neuen Geschäftsfelds nötige Abfallgesetz. Dreister geht's nicht.

Ohne die Recherche des Online-Portals reporter.lu über die Hintergründe der SDK und damit verbunden die Offenlegung des Vertrags wäre die „Abmachung“ bezüglich der Supermarktsammelstellen nie aufgefliegen. Dabei sind die



Der Klügel ist in der Branche ein offenes Geheimnis.

„Drive-In“ in etwa 45 Supermärkten und Einkaufszentren nicht das einzige Geschäftsfeld, das sich dank des Abfallgesetzes für Walters Firma OSL erschließt. Hinzu kommen noch andere Aktivitäten – die Müllentsorgung in Residenzen zum Beispiel. Die SDK bietet den Verwaltern von Mehrfamilien-

häusern eine staatlich finanzierte, kostenlose Müllentsorgungsberatung und gleich im Anschluss ihre eigene kostenpflichtige Lösung an. Wieso darf die SDK Steuergelder nutzen, um eigene Produkte und Lösungen zu verkaufen, sich also mit staatlicher Unterstützung Marktanteile sichern?

Die Handelskammer schreibt in ihrem Gutachten zum Abfallgesetz, dass die simple Vervielfachung von Sammelstellen in Residenzen und Supermärkten kein Garant ist für eine bessere Mülltrennung und Recyclingqualität. Eine Vergleichsanalyse hat ergeben, dass das Modell „Drive-In“ mit der Haus-zu-Haus-Sammlung nicht mithalten kann – weder in puncto Kosten, noch Qualität der gesammelten Abfälle. Das Umweltministerium kritisiert die Analyse, legt selbst aber keine Studie mit belastbaren Zahlen auf den Tisch.

Der Klügel zwischen Robert Schmit und Hans-Peter Walter ist in der Branche ein offenes Geheimnis. In die Öffentlichkeit sind diese Dinge lange nicht vorgedrungen, weil die in der Abfallwirtschaft tätigen Betriebe Angst haben, keine Aufträge oder Genehmigungen mehr von der Umweltverwaltung zu bekommen, wenn sie sich öffentlich dazu äußern. Warum geht sowas in diesem Land?

Wieso kann ein Verwaltungsdirektor über Jahrzehnte an jeglicher parlamentarischer Kontrolle vorbei entscheiden, was in der Abfallwirtschaft gemacht wird, wie es gemacht wird und wer es macht? Wieso sitzt ein hoher Beamter, der so viel Macht hat und im Verdacht steht, diese Macht zu missbrauchen, nach wie vor im Sattel und darf weitermachen als sei nichts gewesen? In anderen demokratischen Ländern wäre so etwas undenkbar. In Luxemburg geht das. Es ist nicht zu verstehen. Und es ist unerträglich.

Kontakt: michele.gantenbein@wort.lu

Mehr auf Seite 2-3

Valorlux-Tut wird landesweit erweitert

Die Valorlux (asbl.) sammelt in sämtlichen Gemeinden Leichtverpackungen – die so genannten PMG-Fractionen (Plastik, Metall, Getränkekartons) – vor der Haustür ein. 11 155 Tonnen waren es im Jahr 2020 – knapp 1 700 Tonnen mehr als im Vorjahr, bedingt durch die testweise Erweiterung des „blo Sak“ auf zusätzliche Fraktionen (Folien, Becher und Schalen) in den 46 Side-Gemeinden. Der Inhalt der Säcke wird in der Sortieranlage der Firma Hein in Bech-Kleinmacher sortiert. Die Recyclingquote ist hoch. Sie lag während des Pilotversuchs bei 87 Prozent.

In den landesweiten Recyclingparks sammelte Valorlux 2020 lediglich 964 Tonnen Leichtverpackungen ein. Im Drive-In Howald waren es Valorlux-Direktor Claude Turping zufolge 25 Tonnen. Geht man von einem durchschnittlichen Gewicht von 15 Gramm pro Packung aus, so wurden im Drive-In 1,67 Millionen Packungen gesammelt, die vom Personal von Hand sortiert wurden. Ausgehend von (laut Umweltministerium) 3 960 Arbeitsstunden pro Jahr, wurden im Drive-In im Schnitt pro Stunde 421 Verpackungen von Hand sortiert. Das ist zeit- und somit kostenintensiv. Die

Hein-Anlage könnte die Jahresmenge in drei Stunden sortieren.

Die Valorlux-Tut soll landesweit ausgedehnt werden. Auf Basis der Ergebnisse des Pilotprojekts ist davon auszugehen, dass die Ausdehnung der Haus-zu-Haus-Sammelquote um 40 Prozent steigern und die Recyclingzentren weiter entlasten wird.

Claude Turping zufolge hat die Hein-Anlage eine Kapazität von 25 000 Tonnen pro Jahr. Hier könnten die Leichtverpackungsabfälle des ganzen Landes sauber getrennt und direkt dem Recycling zugeführt werden. mig

Heute auf wort.lu



Krankenpfleger verzweifelt gesucht

Vergangene Woche hat die Regierung eine Reform der Pflegeberufe angekündigt. Die Lehrervereinigung Aleps und die Krankenpflegervereinigung Anil sind mit den Reformplänen nicht gänzlich einverstanden und erläutern ihre Erwartungen. (19 Uhr)

